

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie bereits in der ersten Mitteilung im „Hauensteiner Bote“ angekündigt, werden die regelmäßigen Informationen zur Kommunalreform für die Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Hauenstein nach der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 17.10. nachstehend fortgesetzt.

Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, dass an den bisherigen Gesprächsrunden zur Kommunal- und Verwaltungsreform alle Ortsbürgermeister und auch alle Fraktionssprecher des Verbandsgemeinderates eingeladen und beteiligt waren. So auch an der Beschlussvorlage an den Verbandsgemeinderat für die Sitzung am 17.10. 2016.

Wichtig an dieser Stelle ist, dass nach dem Beschluss des Verbandsgemeinderats entgegen den Präferenzen der Landesregierung und des Grundsätze-Gesetzes zur Kommunalreform (in der Regel ein Zusammenschluss der kompletten Verbandsgemeinde mit einer Verbandsgemeinde aus dem gleichen Landkreis) auch mit der Verbandsgemeinde Annweiler Verhandlungen aufgenommen werden. Einig war man sich auch darüber, dass für die Bürgerinnen und Bürger möglichst zeitnah eine zentrale Informationsveranstaltung mit einem politischen Vertreter der Landesregierung (Minister oder Staatssekretär) organisiert werden soll, damit Sie alle die Argumente und Überlegungen der Landesregierung direkt zur Kenntnis nehmen und auch hinterfragen können. Eine entsprechende Terminanfrage wurde bereits an das Innenministerium geschickt. Sobald ein Terminvorschlag eingeht, werden wir die Informationsveranstaltung auf den Weg bringen.

Weiter wurde beschlossen, dass die Bürgerinnen und Bürger befragt werden, sobald Ergebnisse nach den Verhandlungen mit den benachbarten Verbandsgemeinden (Dahner Felsenland, Rodalben und Annweiler) vorliegen. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt dies genau geschieht, werden wir dann noch festlegen.

Der Verbandsgemeinderat hat auch eine interne Verhandlungskommission beschlossen, die die Verhandlungen vorbereiten soll. Dieser gehören an: Die 8 Ortsbürgermeister und deren 1. Ortsbeigeordnete, Ortsvorsteherin und Ortsvorsteher, Bürgermeister und Beigeordnete der Verbandsgemeinde, Büroleiter sowie die Sprecher aller Verbandsgemeinderatsfraktionen. Hier werden auch die Wünsche und Forderungen unserer Ortsgemeinden gesichtet und in die Agenda der Verhandlungspunkte mit aufgenommen.

Der externen Verhandlungskommission sollen angehören: Bürgermeister und Beigeordnete der Verbandsgemeinde, Büroleiter sowie die Ortsbürgermeister Rippberger für die Gemeinden des Luger Tals, Ortsbürgermeister Brödel für die Gemeinden Wilgartswiesen und Spirkelbach, Ortsbürgermeister Rödiger für Hauenstein, Hinterweidenthal wird durch Frau Beigeordnete Schenk (Ortsbürgermeisterin) vertreten. Das macht deutlich, dass alle Belange vertreten und die Verhandlungsergebnisse gleichmäßig transportiert werden.

In den nächsten Tagen werde ich mit den Bürgermeistern der für eine Fusion in Frage kommenden Verbandsgemeinden Kontakt aufnehmen, sie informieren und schnellstmöglich erste Verhandlungstermine vereinbaren, um die Freiwilligkeitsphase nutzen zu können.

Wie zugesagt, werden die Schreiben des Ministeriums zur Einsichtnahme auf der Homepage der Verbandsgemeinde Hauenstein eingestellt. Unter www.hauenstein.rlp.de finden Sie unter „Aktuelle Informationen zur Kommunal- und Verwaltungsreform“ die Schreiben und auch die Drucksache zum Grundsatzgesetz, in welcher die Kriterien für die Gebietsänderungen der betroffenen Verbandsgemeinden festgelegt sind. Weiter steht dort ab sofort auch eine eigene E-Mailadresse zur Verfügung (kommunalreform@hauenstein.rlp.de). Alle, die Anliegen, Wünsche, Anregungen oder Ähnliches im Zusammenhang mit der Kommunalreform und der Auflösung unserer Verbandsgemeinde haben, können dort direkt mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen. Wir werden uns darum bemühen, zeitnah Ihre Eingaben zu bearbeiten, auf jeden Fall werden diese zur Kenntnis genommen und fließen in unsere Überlegungen mit ein.

Abschließend versichere ich Ihnen, dass wir Sie ständig auf dem Laufenden halten werden und auch jederzeit bereit sind, mit der Bürgerinitiative Informationen auszutauschen. Ich bitte allerdings auch um Verständnis, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen jederzeit beachtet werden müssen.

Ziel ist, das maximal Mögliche für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Ortsgemeinden in den Verhandlungen zu erreichen. Selbstverständlich gehört ganz vorne weg mit dazu, hier vor Ort eine Verwaltungsanlaufstelle (Bürgerbüro) dauerhaft zu erhalten, ebenso wie viele andere Punkte (Schulstandorte, Feuerwehren, Freibad, Tourist-Info-Zentrum, usw.) aber auch die Belange der Bediensteten zu berücksichtigen.

Werner Kölsch

Bürgermeister